

dbz-Diskussionsrunde

Themenvorgabe: FPÖ Wagenplatz-Nomaden in der Seestadt: Wie lange schauen Behörden und Bezirk noch weg?



GR Toni Mahdalik (FPÖ)

Kein Kanalanschluss, kein fließendes Wasser, keine Sanitäreinrichtungen, keine Genehmigung des Grundbesitzers Stadt Wien, keine Pickerln für die bereiften Rostlauben, keine Müllentsorgung und vermutlich schon kontaminierte Böden durch auslaufendes Benzin und Öl. Trotz dieser auch von Seiten der Anrainer kritisierten Zustände beim Wagenplatz „Gänseblümchen“ am Rande der Seestadt Aspern haben die MA-49 als Grundverwalter, Wiener Umweltschutz, SPÖ-Umweltstadträtin Sima, SPÖ-Bezirksvorsteher Nevřivý und die grünen Umweltschützer a.D. der Besetzung öffentlichen Grundes und dessen Verschmutzung bislang völlig tatenlos und offenbar sogar augenzwinkernd zugesehen. Jeder arbeitende Normalbürger zahlt durch die rot-grüne Belastungswelle der letzten Jahre eine Lawine für Abwasser- und Müllentsorgung, Miete oder Pacht, etc., während ihnen größtenteils beschäftigungslose „Alternative“, welche untertags die hart arbeitenden Menschen etwa bei der U2-Station Babenbergerstraße anschnorren, auf der Tasche liegen. Bei der SPÖ dürfte der Wert der Arbeit demnach ebenso vergessen sein wie die Sorge um die Umwelt in den Reihen der Grünen. Die FPÖ wird daher sowohl eine Anfrage über die bisher angelaufenen Kosten für den Steuerzahler und entstandenen Schäden für die Umwelt durch den Wagenplatz „Gänseblümchen“ stellen als auch Anzeige bei der Wiener Umweltschutz einbringen. „Ein guter Tag würde nämlich mit einem geräumten Wagenplatz beginnen“, meinen hunderte Anrainer der Seestadt und Spaziergänger in Bezug auf die seit Monaten in ihren Wracks auf öffentlichem Grund am Rande des ehemaligen Flugfeldes hausenden und die Gegend verschmutzenden „Aussteiger“. Viele Erholungssuchende trauen sich auch nicht mehr an den Autowracks vorbei, weil ihnen Bewohner und Zustände dort suspekt sind bzw. sie sogar Angst haben. Obwohl auch dröhnender Lärm aus Lautsprechern den Anrainern schon bis in die Morgenstunden den Schlaf geraubt hat und die Grünbereiche ringsum verschmutzt sind, wollen Stadt und Bezirk nicht einschreiten. Auch wenn die größtenteils bekennenden Anarchos dort für Monate täglich eine Demonstration angemeldet haben, um der illegalen Besetzung öffentlichen Grundes einen rechtlichen Anstrich zu geben, dürfen die SPÖ-Verantwortlichen im Rathaus und 22. Bezirk dem Treiben nicht länger tatenlos zusehen. Die dahingehenden FPÖ-Anträge in der Donaustädter Bezirksvertretung wurden von SPÖ und Grünen leider niedergestimmt und den Besetzern so die Mauer gemacht. Die Freiheiten werden jedoch weiter im Interesse von Anrainern und Umwelt sowie der arbeitenden Bevölkerung im 22. Bezirk gegen die dortigen Missstände ankämpfen.



BR
Johann Becher
(SPÖ)

Die Wagenplatz-Gruppe Gänseblümchen in der Seestadt Aspern sind einigen Menschen, die in der Umgebung wohnen, ein Dorn im Auge. Andere sprechen sich dafür aus, dieser alternativen Lebensweise Raum zu lassen

bzw. fordern mehr Toleranz. Von Seiten der Politik ist die Lage eigentlich ganz klar und einfach zu beurteilen. Eine moralische Bewertung dieser bewusst gewählten Lebensform, zu der offenbar niemand gezwungen wird und wo Leib und Leben außer Gefahr scheinen, ist absolut überflüssig. Was zählt und zählen muss ist allerdings die Einhaltung der Gesetze. Gerade eine demokratische und aufgeklärte Gesellschaft braucht funktionierende Regeln des Zusammenlebens, um Toleranz und Weltoffenheit

leben zu können. Die Wagenplatz-Gruppe in der Seestadt hält sich leider nicht an diese Regelungen, campiert unerlaubt auf Grundstücken, die im Verwaltungsbezirk der Stadt Wien liegen und verstößt damit fortgesetzt gegen Eigentumsrechte. Die lange Geduld der EigentümerInnen, die bislang auf eine gütliche Regelung mit den Wagenplatz-Mitgliedern abgezielt hat, wurde leider offensichtlich nur ausgenutzt, es wurde allem Anschein nach einfach auf Zeit gesetzt. Eine Räumung des Geländes wird sich aber vermutlich nicht vermeiden lassen. Die Entscheidung darüber, wann dieser letzte Schritt tatsächlich angewendet wird, hängt freilich von EigentümerInnen und Exekutive ab.



Klubobmann
BR Ing. Christian
Wachschütz
(ÖVP)

Wer in Wien wo und wie wohnt, ist zunächst die persönliche Entscheidung jedes einzelnen Menschen. Sie hat jedoch ausdrücklich auf Basis der Gesetze (Stichwort Niederlassungsrecht) zu geschehen. Wir lehnen daher auch Wagenplätze nicht als Wohnform ab, solange sie die Rechte anderer Bürgerinnen und Bürger nicht einschränken. Was wir entschieden ablehnen, sind zügellose Zustände, wo de facto das Gewohnheitsrecht vorherrscht und die Stadtverwaltung klein bei gibt weil sich angeblich nichts mehr ändern bzw. nachträglich regeln lässt. Wagenplätze sollen daher nicht als "Bollwerk" gegen "herkömmliche" Siedlungsformen fungieren, so wie das die Grünen gerne hätten. Diese "Abenteuerspielplätze" mitten in der Stadt auf dem Rücken der "normalen Wohnbevölkerung", wie es sie in den 60er und 70er Jahren in der Form der Kommunen gegeben hat. Diese so fortschrittlichen Lebenskonzepte sind bekanntlich kläglich gescheitert. Kurz gesagt: Wer gerne im Wohnwagen leben will, soll dies im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten tun, aber bitte nicht auf Kosten Anderer. Im Fall „unserer“ Wagenplatz Nomaden in der Donaustadt wurden die Grenzen anscheinend schon überschritten. Die Mühlen des Gesetzes arbeiten schon, wenngleich nicht für alle schnell genug. Wie lange die Amtshandlung noch andauern wird, wissen wir nicht. Berufungen, etc. sind wahrscheinlich möglich. Ob und wann die Wagenburg-Nomaden weiterziehen müssen, können wir nicht abschätzen, da wir natürlich keine Einsicht in

das laufende Verfahren haben. Wir von der ÖVP Donaustadt respektieren jede selbst gewählte Lebensform. Voraussetzung muss aber sein, dass die Gesetze eingehalten werden. Die gewählte Lebensform muss sich auch an jene der Nachbarschaft angemessen anpassen und diese auch respektieren.



BRin Dr.
Barbara Boll
(Grüne)

Letzten Sommer übersiedelte der Wagenplatz „Gänseblümchen“ an den östlichen Rand der Seestadt. Rein formal handelt es sich dabei um eine polizeilich genehmigte Dauerkundgebung und unterliegt Auflagen, die regelmäßig überprüft werden, z.B. durch die Umweltbehörde.

Der Wagenplatz hat keine unmittelbaren Nachbarn, denn zwischen den Häusern der Cassinonestraße und dem Wagenplatz liegen die 6 Meter hohen „Aperner Terrassen“. Trotzdem wurden die dortigen AnwohnerInnen von den WagenplatzlerInnen in Flugblättern von der Übersiedlung informiert und zu spontanen Besuchen eingeladen.

In der Anfangsphase kam es leider vereinzelt zu Lärmbelästigung durch zu laute Musik, aber als ich selber in einem Mail um Ruhe gebeten habe, reagierten sie sofort. Seither hört man nichts mehr.

Besser noch: durch den Wagenplatz werden jene Jugendliche ferngehalten, die jeden Sommer mit frisierten Mopeds über die Asperner Terrassen gefahren sind und dabei die Nachbarschaft mit ihrem nervtötenden Lärm belästigt haben. Das hat sich nun erledigt, sodass es in der Nachbarschaft jetzt sogar ruhiger ist als vor der Übersiedlung des Wagenplatzes. Doch „es kann der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt“. Einige Menschen stören sich daran, dass ihre Hunde nicht mehr über das Feld streunen können (was ist mit der Leinenpflicht?), oder es missfällt ihnen ganz einfach der Anblick des Wagenplatzes.

Beides ist jedoch kein Grund zum Einschreiten, was die FPÖler natürlich ganz genau wissen. Aber sie versuchen eben aus der Sache einen Skandal zu machen. Halten sie die WienerInnen wirklich für so unintelligent oder auch dumm, dass die ihr Manöver nicht als das erkennen, was es ist: das Rückzugsgefecht einer Partei, die gerade in Korruption und Bereicherung untergeht?